

DKP: Patrik Köbeles Referat auf der theoretischen Konferenz in Hannover im Wortlaut

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Entwurf des Leitantrags formulieren wir:

„Die DKP steht für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus. Als marxistisch-leninistische Partei geht sie vom gesellschaftlichen Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und der Notwendigkeit der revolutionären Überwindung des Kapitalismus aus.“

Hier ist die Formulierung, dass wir eine marxistisch-leninistische Partei sind, strittig. Tatsächlich, im heute gültigen Parteiprogramm formulieren wir, *„Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt. Sie kämpft für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus.“*

Diese Formulierung lässt Spielraum zur Interpretation. Leo Mayer ging hier bis zur Aussage, dass die DKP keine marxistisch-leninistische Partei sei. Im Programm von 1978 hatten wir eine andere Formulierung:

„Die DKP gründet ihre Politik auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Sie kämpft für die freie Verbreitung der Weltanschauung der Kommunisten, des Marxismus-Leninismus in der Bundesrepublik.“ Wesentlich deutlicher, aber auch hier nicht die Formulierung von der marxistisch-leninistischen Partei.

Was waren die Hintergründe?

Zentraler Hintergrund für die Formulierung von 1978 war das KPD-Verbot, intern haben wir uns immer als marxistisch-leninistische Partei verstanden.

Und die Ursache für die Abschwächung im Programm von 2006?

Aus meiner Sicht eine Kompromissformulierung, weil wir das Programm in einer Phase beschlossen, in der wir über zentrale Bestandteile der Leninschen Weiterentwicklung der marxistischen Weltanschauung stritten. Z.B. über die Imperialismusanalyse. Ich bin der Meinung, da sind wir heute weiter. Wir sind weiter, weil wir heute eindeutig erkennen, dass es keinen aktuellen Marxismus gibt, wenn Lenin über Bord geworfen wird. Dann wirft man die Analyse von der Weiterentwicklung des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium über Bord mit all seinen Konsequenzen für die Staats- und Revolutionstheorie, aber auch für die Parteifrage.

Wohin das führt, das zeigen aus meiner Sicht durchaus aktuelle Beispiele. Wer nicht mehr vom Imperialismus, vom deutschen Imperialismus spricht, der glaubt schnell, dass eine Beteiligung am Mittelmeereinsatz zur Zerstörung syrischer Chemiewaffen der Abrüstung dient oder der landet bei Dietmar Bartsch, der angesichts von Merkels Mitwirkung an den Minsker Verhandlungen formuliert „ausnahmsweise können wir Stolz auf die Kanzlerin sein.“ So ein Unsinn, Merkel ist Kanzlerin im staatsmonopolistischen, imperialistischen Deutschland. Damit ist ihr Handeln, genauso wie, die Nichtbeteiligung von Schröder am Irakkrieg keineswegs dem geschuldet, dass beide zu Friedensengeln mutiert sind. Die Ursachen liegen in anderen Varianten einer Politik zur Durchsetzung der Interessen des deutschen Monopolkapitals bzw. der dominierenden Kapitalfraktionen.

Warum schlagen wir dann aber im Verhältnis zum geltenden Parteiprogramm eine Präzisierung vor?

Wir wollen die Fehlinterpretationen hinsichtlich unserer weltanschaulichen Positionen ausschliessen.

Nun wird möglicherweise eingewendet, dass der Terminus „marxistisch-leninistisch“ ja in der Zeit in der kommunistischen Weltbewegung geprägt wurde, in der Stalin Generalsekretär der KPdSU war. Dies wundert allerdings wenig, denn dies wurde er ja bald nach Lenins Tod. Und Lenin sprach natürlich nicht selbst vom Leninismus, genau so wenig wie Marx vom Marxismus.

Auf der anderen Seite ist die Präzisierung, die wir vorschlagen auch ein Zeichen für den Standort der DKP in der internationalen kommunistischen Bewegung. Es gibt Parteien, die bereits in den 70iger und 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts bewusst auf diesen Terminus verzichtet haben, viele davon haben sich zu reformistischen Parteien entwickelt oder aufgelöst. Es gibt aber auch Partei, die diesen Terminus bis heute benutzen oder sich von neuem dazu bekennen. Da stellen wir uns in keine schlechte Nachbarschaft. Es sind z.B. die Kommunistischen Parteien aus Kuba, Portugal, Griechenland, Irland Luxemburg, Ungarn, Südafrika, die Brasilianische KP oder die Ungarische Arbeiterpartei.

Wir wollen also die Debatte, die es zu dieser Frage gab mit dem Parteitag zu einer Entscheidung führen.

Eine zweite Formulierung, die in der Vergangenheit strittig war, ist, wie wir es im Entwurf formulieren:

„In der Arbeiterklasse muss die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus heranreifen. Es bedarf der Hegemonie der revolutionären Weltanschauung in der Arbeiterklasse, damit sie sich von der Klasse an sich zur Klasse für sich formieren kann. Ein solches revolutionäres Klassenbewusstsein zu entwickeln, in der Klasse zu verankern und mehrheitsfähig zu machen, das ist die zentrale Aufgabe der kommunistischen Partei.“

Im Unterschied zum Beispiel zu den Thesen des alten PV-Sekretariats, die aber ja von Teilen der Parteioption immer wieder herangezogen werden, formulieren wir also als klares Ziel der kommunistischen Partei, dass sie um die Hegemonie der revolutionären Weltanschauung kämpft und dass die Entwicklung von Klassenbewusstsein ihre zentrale Aufgabe ist. Damit formulieren wir eine klare Absage an zentrale Inhalte dieser Thesen – das ist von uns gewollt, wir halten es für notwendig, aber mittlerweile eben auch ausdiskutiert.

Ebenfalls im Leitantrag formulieren wir:

„Die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel sind die Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus.“ Das stimmt mit den Aussagen im gültigen Parteiprogramm überein, dort heißt es: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln.“

Aber auch diese Frage scheint mir strittig, aber entscheidbar. Strittig daher kommt sie immer wieder beim Streit um den Terminus von der Diktatur des Proletariats. Nun bedeutet Diktatur nichts anderes als Herrschaft und ja, wir gehen davon aus, dass es sich beim Kapitalismus um die Diktatur der Bourgeoisie handelt. Dass die DKP den Terminus „Diktatur des Proletariats“ in den programmatischen Dokumenten nicht verwendete, hat wiederum mit dem

KPD-Verbot und dem veränderten Sprachgebrauch zu tun – es war aber doch nie eine Absage an die Richtigkeit der Aussagen beispielweise im kommunistischen Manifest.

Demgegenüber lese ich im von Uwe Fritsch eingereichten Alternativpapier „Positionen zu den Inhalten eines Leitantrags zum 21. Parteitag“:

„Wir stehen in der Tradition der kommunistischen Bewegung mit ihren Erfolgen, Niederlagen und Erfahrungen. Zu diesen Erfahrungen zählen: (...) dass ein neuer Sozialismus keiner Diktatur bedarf, sondern einer breiten demokratischen Übereinstimmung der Arbeiterbewegung mit allen linken und emanzipatorischen Bewegungen.“

Nun könnte man ja sagen, am zweiten Teil des Satzes ist vieles richtig, die Absage an den Ausdruck der Diktatur nur eine Flapsigkeit. Allein mir fehlt der Glaube. Denn klarere Aussagen findet man in anderen Dokumenten von Genossinnen und Genossen der Opposition. Walter Listl formuliert in einem Artikel mit der Überschrift „Die Bedingungen einer Transformation des neoliberalen Kapitalismus“, dass „das Konzept einer Diktatur des Proletariats nicht ernsthaft aufrecht erhalten werden kann.“ Er formuliert dort: „Es wäre falsch zu glauben, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts durch einen revolutionären Prozess entstehen würde.“ Quasi eine Begründung dafür liefert er auch, wenn er sagt, dass „das alte Industrieproletariat kleiner geworden ist und sich in zahlreiche Fraktionen aufgeteilt (hat). Daneben entstanden sehr viele unterdrückte Klassen und Gruppen, die unter bestimmten Umständen zu wichtigen Akteuren gesellschaftlicher Veränderungen werden können.“ Das unterscheidet sich tatsächlich sehr von unserer Analyse. Wir sehen beispielsweise keine Vielzahl neu entstandener Klassen.

Mit Sicherheit wird das Argument kommen, dass diese Streitfragen doch heute kaum von Bedeutung seien. Das halte ich für grundfalsch, wir sehen an der Entwicklung der Partei die Linke, wohin es führt, wenn Grundfragen über Bord geworfen werden. Wir sehen durch die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung, dass dies eine Orientierung nach dem Motto „Der Weg ist alles, das Ziel ist Nichts“ darstellt und die hat schon immer revolutionäre Organisationen zerstört.

(dieses Zitat ist falsch, siehe Richtigstellung Walter Listl am Ende des Referats)

Im letzten Kapitel des Leitantrags, dass die Überschrift „Stärkt die DKP“ trägt formulieren wir:

„Zentral für die Entwicklung der DKP ist die Entwicklung der Grund- und Bezirksorganisationen. In den Grundorganisationen kommen Menschen mit unseren GenossInnen organisiert als Partei in Berührung, hier entwickeln sich Menschen zu KommunistInnen – in Theorie und Praxis. Die Grundorganisationen sind in ihrem Organisationsgrad sehr unterschiedlich und zum Teil unterentwickelt. Sie können sich nur entwickeln, wenn örtliche und zentrale Schwerpunkte miteinander in Einklang gebracht werden und eine Unterstützung und Anleitung durch die übergeordneten Leitungen erfolgt. Wir beschließen bundesweit eine gemeinsame politische Orientierung und setzen sie angepasst an die örtlichen Bedingungen um. Das ist die beste Möglichkeit unsere Partei zu stärken und schrittweise zu entwickeln. Freiheit der Diskussion, Einheit in der Aktion – dies ist eine Bedingung dafür, dass der Meinungsstreit mittels des Kriteriums der Praxis zu Erkenntnisfortschritten führen kann.“

Wir sehen also die Differenziertheit der Situation unserer Gruppen und sagen trotzdem, dass der demokratische Zentralismus unverzichtbar ist. Dem erteilt aber das von Uwe eingereichte Alternativpapier eine klare Absage. Dort wird formuliert, dass „die politische Stärkung der Gruppenarbeit nicht durch Kampagnen von oben oder im Sinne eines Durchorganisierens der Partei zu erreichen (sei)“, Es heißt dort: „Die konkrete Politik muss demokratisch vor Ort entwickelt werden.“ Das alles seien „wichtige Lehren aus einem

überzentralisierten Parteiverständnis des letzten Jahrhunderts.“ Nun ich halte das für eine völlig undifferenzierte Herangehensweise an unsere Geschichte und für eine Absage an den demokratischen Zentralismus. Dem entspricht aber auch die Entstehung des Alternativpapiers. Keineswegs eine Auseinandersetzung mit dem Entwurf des Leitantrags ist es ja entstanden, als dieser noch gar nicht vorlag.

Das aber die Absage an den demokratischen Zentralismus ernst gemeint ist, das beweist nicht zuletzt das Aufkündigen des gemeinsamen Handelns durch die Durchführung einer Separatveranstaltung parallel zu unserer LL-Veranstaltung in Berlin. Das dabei der Verein marxistische Linke e.V. alles andere ist, als eine Struktur, die sich keinesfalls in die DKP einmischen will, beweisen die immer wiederkehrenden direkten Angriffe auf die UZ, den Parteivorstand oder das gemeinsame Handeln.

Zum von Uwe eingereichten Papier hatte ich im Referat der 10. PV-Tagung formuliert:

„Im Grundsatz ist es aber aus meiner Sicht tatsächlich ein nicht-kompatibles Alternativpapier. Wo sehe ich u.a. diese Inkompatibilitäten?“

** In der Analyse: Auch, wenn das Wort imperialistisch vorkommt, eine Analyse des heutigen Imperialismus unterbleibt (...)die Tendenz ist, im Unterschied zum Parteiprogramm, das Abgehen von der Imperialismusanalyse.*

** Die Machtfrage wird eigentlich nicht gestellt bzw. sie wird als Frage der Diktatur missliebig umgangen.*

** Das Verhältnis von Klasse und Bewegung wird nivelliert.*

** Die Demokratiefrage wird klassenneutral behandelt.*

** Die Rolle der Kommunistischen Partei ist die eines Denkfabrik, ihres darüber hinaus gehenden Charakters als initiierende, agierende, mobilisierende und revolutionäres Bewusstsein verbreitende Kraft wird sie weitgehend beraubt. (...)*

** die Schwäche der DKP wird zum Anlass genommen um den demokratischen Zentralismus seines zentralistischen Teils zu berauben.“*

Dem steht der Leitantrag klar entgegen. Er zeichnet das Bild einer KP, die anerkennt, dass die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt ist, und die als zentrale Aufgabe für sich definiert die Arbeiterklasse von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich zu formieren.

Er definiert, die KP als Kraft, die von der Erkennbarkeit der Welt ausgeht und für sich bestimmt, dass das Instrument dafür die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ist. Wir grenzen uns ab von Dogmatismus und Opportunismus.

Wir sagen, dass wir auch in nicht-revolutionären Zeiten unser Handeln daran messen, wie es der Vorbereitung der Revolution dient.

Deswegen können wir niemals darauf verzichten, um die Hegemonie des Kommunismus in der Arbeiterklasse und in den Bewegungen zu kämpfen. Wenn wir das täten, würden wir auf den Sozialismus verzichten.

Und wir entscheiden uns bewusst für die Kombination aus Freiheit der Diskussion, Einheit der Aktion und damit eine Verbindlichkeit von Beschlüssen. Dies ist eine bewusste Absage an das Aufgehen in einer Mosaiklinken.

Natürlich ist der Entwurf des Leitantrags zu verbessern und die kollektive Weisheit der Partei wird das tun. Verbessern, nicht verwässern.

Die Partei hat das Wort, der Parteitag wird entscheiden.

Gegendarstellung Walter Listl vom 27.02.2015:

Liebe Genoss*innen,

In seinem Referat auf der theoretischen Konferenz in Hannover sagte Patrik Köbele u.a.:
"...Walter Listl formuliert in einem Artikel mit der Überschrift „Die Bedingungen einer Transformation des neoliberalen Kapitalismus: „Es wäre falsch zu glauben, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts durch einen revolutionären Prozess entstehen würde.“

Das ist falsch.

Hätte Patrik den Text (aufmerksam) gelesen, hätte er leicht erkennen können, dass das nicht meine Meinung und dieses Zitat nicht von mir ist. Vielmehr stammt diese Formulierung aus dem, übrigens sehr lesenswerten Buch „Den Sozialismus neu denken“ von Atilio Boron (Argentinischer Marxist, Schriftsteller und Politologe), das ich in diesem Referat mit dem ausdrücklichen Hinweis erwähne, dass diese Position mindestens in einem Spannungsverhältnis zu den Thesen des vorigen Sekretariats steht.

(Den Text aus meinem Referat, siehe Anhang.).

Auch die mir von Köbele untergeschobene Begründung für dieses mir untergeschobene Zitat ist falsch. (Das ganze Referat auf www.isw-muenchen.de).

Ich bitte dies als eine Gegendarstellung zu betrachten und entsprechend zu veröffentlichen. Und Patrik bitte ich, sich künftig auf theoretische Auseinandersetzungen gewissenhafter vorzubereiten.

Walter Listl

Originaltext:

Walter Listl Juli 2013
Die Bedingungen einer Transformation
des neoliberalen Kapitalismus

...In den politischen Thesen des ehem. DKP-Sekretariats heißt es folgerichtig: "Wir sind der Überzeugung, dass der Sozialismus nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tiefgreifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse überwunden werden kann."

In einem gewissen Spannungsverhältnis dazu: In seinem Buch „Den Sozialismus neu denken“ schreibt Atilio Boron, VSA, 2010: (Argentinischer Marxist, Schriftsteller und Politologe) „Fidel Castro sagte, dass ein „wahrer Revolutionär“ immer das Maximum an sozialer Veränderung versucht. Aber das bedeutet nicht, dass dieses Maximum an sozialer Veränderung immer vorgeschlagen werden kann. Es hängt vielmehr immer von der konkreten Situation bei Berücksichtigung des Entwicklungsniveaus des Bewusstseins und der Kräfteverhältnisse ab, ob ein bestimmtes Ziel vorgetragen werden kann.

In anderen Worten, und dies ist ein großes Paradox der Politik: Eine Revolution beginnt selten als Revolution und beim Kampf um den Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird es nicht anders sein. Die Geschichte der Revolutionen hat gezeigt, dass Revolutionäre zunächst Forderungen erheben, die noch nicht einmal das Etikett "reformistisch" verdienen. So verhielt es sich mit der kubanischen Revolution und mit der russischen Revolution. Deren Motto „Brot, Land, Frieden“ war alles andere als

revolutionär. Aber die Genialität von Lenin bestand gerade darin, die Gemütslage und den Grad des politischen Bewusstseins der russischen Bauern- und Arbeitermassen zu erahnen.

Es wäre falsch zu glauben, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts durch einen revolutionären Prozess entstehen würde. In Lateinamerika wird dieser Prozess des Aufbaus des Sozialismus in verschiedenen Ländern verschiedene Charakteristika aufweisen, er wird aber auf jeden Fall zunächst im Gewand des Reformismus daherkommen. Aber danach wird sich das verwirklichen, was Barrington Moore einst den „gewaltsamen Bruch mit der Vergangenheit“ genannt hat. Ohne diesen Bruch hätte es keine bürgerlichen Revolutionen gegeben.

Dort, wo es diesen Bruch nicht gab, folgte der Faschismus: in Italien, Deutschland, Spanien, Portugal. Die Formen dieses Bruchs mit der Vergangenheit können von Land zu Land, in Abhängigkeit von den dortigen Kräfteverhältnissen, zwischen Revolution und Konterrevolution, verschieden sein.

Aber die Notwendigkeit dieses Bruchs steht außer Frage. Ein sozialistisches Projekt wird früher oder später vor diesem Dilemma stehen: Entweder bricht es mit den Strukturen der Vergangenheit oder die Revolution wird niedergeschlagen“.